

Bote von der Ybbs

Erscheint jeden Freitag 3 Uhr nachmittags

Bezugspreis mit Postversendung: Ganzjährig S 14.60 Halbjährig „ 7.30 Vierteljährig „ 3.75 Bezugsgebühren und Einschaltungsgebühren sind im voraus und portofrei zu entrichten.	Schriftleitung und Verwaltung: Obere Stadt Nr. 33. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen, Handschriften nicht zurückgestellt. Ankündigungen (Inserate) werden das erste Mal mit 10 Groschen für die 5 spaltige Millimeterzeile oder deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen Nachlaß. Mindestgebühr 1 Schilling. Die Annahme erfolgt in der Verwaltung und bei allen Anzeigen-Vermittlungen. Schluß des Blattes: Donnerstag, 4 Uhr nachmittags.	Preise bei Abholung: Ganzjährig S 14.— Halbjährig „ 7.— Vierteljährig „ 3.60 Einzelpreis 30 Groschen.
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Folge 48

Waidhofen a. d. Ybbs, Freitag den 1. Dezember 1933

48. Jahrgang

Politische Uebersicht.

Deutschösterreich.

Wien, 29. November. Darüber, ob der Landbund wieder in die Regierung eintreten werde, wurden weiterhin hier und dort Vermutungen ausgetauscht, geändert aber hat sich die Situation seit Sonntag nicht. In Fortsetzung der Besprechungen, die vom Landbund, beziehungsweise der Nationalständischen Front zur Erreichung eines reibungslosen Zusammenarbeitens mit der Regierung in der Woche angesprochen wurden, fand sich am 28. v. M. der Obmann des parlamentarischen Klubs des Landbundes, Abg. Dewath, im Bundeskanzleramt ein, wo er eine Begegnung mit Bundeskanzler Dr. Dollfuß hatte. Bekanntlich hat sich der gewesene Minister und Staatssekretär Bachinger vor etwa fünf Wochen eine schwere Fleischnervengiftung zugezogen, zu der eine Lungenentzündung hinzutrat. Minister a. D. Bachinger ist nun, wie der „Landbundespressediener“ berichtet, wieder vollkommen hergestellt und weilt bereits in Wien. Seiner Anwesenheit in Wien ist vielleicht einige Bedeutung beizumessen, zumal sein Name wiederholt mit der eingangs erwähnten Aktion des Landbundes in Zusammenhang gebracht wurde, und zwar hieß es, daß Bachingers Persönlichkeit sowohl dem Bundeskanzler als auch der nationalen Gruppe als geeignet erscheinen könnte, die beiderseits erwünschte reibungslose Zusammenarbeit zu garantieren. Sollten solche persönliche Garantien im Laufe der Verhandlungen als unerlässlich erachtet werden, so sei mit der Rückkehr Bachingers in das Kabinett zu rechnen, wo er die Leitung der von ihm früher innegehabten Ressorts (Forstwirtschaft, Baupartassen, Siedlungswesen) wieder übernehmen würde. Der Landbund ist dem Anschein nach davon überzeugt, schon in kürzester Zeit vor eine Entscheidung gestellt zu sein.

Vizekanzler a. D. Winkler ist neuerlich an einer Grippe mit hohem Fieber erkrankt und gezwungen, das Bett zu hüten. Es mußte daher sowohl die für heute Freitag angeetzte Sitzung der Reichsparteileitung des Landbundes auf nächste Woche verschoben werden, wie denn auch der Abschluß der Verhandlungen über die reibungslose Mitarbeit der zu positivem Zusammenwirken mit der Regierungsbund bereiten nationalen Gruppe eine Verzögerung erfährt.

Der Bundeskommissär für Propaganda, Dr. Steidle, wird noch in dieser Woche eine Vortragsreise in die Schweiz unternehmen, um dort für Österreich zu werben. Vor Weihnachten wird Dr. Steidle sein Amt als Sicherheitsdirektor von Tirol niederlegen, um sich ganz der Propagandatätigkeit zu widmen. Er wird auch auf sein Mandat als Landesrat verzichten.

Wie die „Korrespondenz Herweg“ mitteilt, wurde an die Dienststellen der Sicherheitsreferate die Weisung ausgegeben, bei Aufstellung von Putschschemen, deren Aufgabe es sei, die Spuren der nationalsozialistischen Propaganda zu beseitigen, von der Heranziehung öffentlich Angelegter abzusehen, wenn nicht unmittelbare Täterhaft vorliegt oder die Strafhandlung durch die betreffende Person begünstigt wurde. Ebenso ist von der Einstellung der Notare und Notariatskandidaten, der Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter sowie der staatsanwaltlichen Funktionäre in Putschschemen abgesehen, und zwar bei den genannten Personen behufs Wahrung des Ansehens der Behörden.

Deutsches Reich.

Die außenpolitische Versteifung weicht durch die geschickte Taktik der Reichsregierung. Ihr erstes Ergebnis ist eine Annäherung an Polen und Einleitung direkter Verhandlungen mit Frankreich. Der Aufstakt hierzu war die Unterredung Hitlers mit dem Botschafter Francois-Poncet. Diese Unterredung ist auf beiden Seiten streng vertraulich geführt worden. Es ist deshalb verfrüht, wenn aus dieser ersten Unterredung des Reichskanzlers mit dem französischen Botschafter Kombinationen gezogen werden. Was aber zweifellos angenommen werden muß, ist, daß der Reichskanzler mit Francois-Poncet sich über die Abrüstungs- und die Saarfrage ausgesprochen hat. Das kann aber nur in der Form geschehen sein, in der Hitler diese Probleme auch in aller Öffentlichkeit behandelt hat. In der Saarfrage ist bisher stets betont worden, daß die Abstimmung im Saar-

gebiet vor sich gehen muß, während man in Frankreich Neigung zeigt, die Saarfrage zu einem Gegenstand der deutsch-französischen Verhandlungen zu machen. In der Abrüstungsfrage hat der Reichskanzler in der Unterredung mit dem französischen Journalisten De Brinon vom „Matin“ die Notwendigkeit einer Verteidigungsmöglichkeit für Deutschland auseinandergesetzt. Aus den ausländischen Kombinationen will man in Berlin erkennen, daß zwischen London und Paris die Frage erörtert wurde, ob nicht der Plan einer Kontrolle durch den Austausch von Generalstabsoffizieren ersetzt werden könnte. Eine gewisse Aufregung herrscht in der englischen Presse über die Forderungen Deutschlands bezüglich der Luftverteidigung.

Am 12. Dezember wird sich der neue Reichstag konstituieren. Eine besondere Tagesordnung liegt nicht vor. Die erste Sitzung wird Goering leiten. Sie wird in den Räumen der Krolloper stattfinden.

Der österreichische Gesandte Ing. Tauschitz sprach am 28. November im Auftrage seiner Regierung beim Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath vor, um der deutschen Reichsregierung, unabhängig vom Ergebnis der Untersuchung des Vorfalles auf der Eggenalm am 23. v. M. und unabhängig von der Schuldfrage, das aufrichtige Bedauern der österreichischen Regierung darüber zum Ausdruck zu bringen, daß bei diesem Zwischenfall ein Angehöriger der deutschen Reichswehr von österreichischen, im Sicherheitsdienst stehenden Organen erschossen worden ist. Der Reichsaußenminister von Neurath nahm diese Erklärung mit Dank entgegen.

Zur Antwort der österreichischen Regierung auf die Intervention der Reichsregierung schreibt der „Angriff“ einen befriedigten Kommentar, der folgendermaßen schließt: „Bei aller Wahrung der von der Reichsregierung und vom Führer festgelegten Politik gegenüber dem Kabinett Dollfuß liegt es uns aus volksdeutschem Verantwortungsgefühl heraus ferne, die Spannungen unnötig zu verschärfen. Aber gerade deswegen können und müssen wir die Erwartung aussprechen, daß von österreichischer Seite alles geschieht, um neue Zwischenfälle zu vermeiden.“

Im Reichswirtschaftsministerium hat am 28. November unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Schmidt eine grundsätzliche Aussprache über den ständischen Aufbau der Wirtschaft stattgefunden. Das Reichswirtschaftsministerium wird unter Vertretung der in der Aussprache gewonnenen Ergebnisse die organisatorische Grundlage für den ständischen Aufbau der Wirtschaft schaffen. Die Durchführung des ständischen Aufbaues wird in steter Fühlung mit der Wirtschaft Schritt für Schritt unter vorsichtiger Eingliederung der bestehenden wirtschaftlichen Verbände in Angriff genommen. Der Reichswirtschaftsminister erwartet von der deutschen Wirtschaft, daß sie die notwendige Disziplin wahrt und nicht durch eigennützige Unternehmungen der Entwicklung vorgeht und damit die Wirtschaft stört.

In einer Veröffentlichung des Statistischen Reichsamtes wird an Hand der Ergebnisse der letzten Volkszählung festgestellt, daß das Deutsche Reich durch den Krieg rund sechs Millionen Menschen verloren hat, und zwar zwei Millionen Gefallene, dreiviertel Millionen Blockadeopfer und drei bis dreieinhalb Millionen Geburtsausfälle. Weitere sechseinhalb Millionen Einwohner des alten Reiches sind, obwohl sie überwiegend zum Deutschtum gehören, abgetrennt worden, so daß die Gesamtbilanz des Weltkrieges und des Versailler Diktats für das Deutsche Reich mit einem Bevölkerungsverlust von 13 Millionen Menschen abschließt.

Frankreich.

Das Kabinett Sarraut ist nach einer Lebenszeit von knapp einem Monat an der Frage der Beamtengehälter geknirscht. Nachdem Herriot die Bildung einer neuen Regierung aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt hat, hat der bisherige Minister des Innern, Camille Chautemps, eine neue Regierung gebildet. Das Kabinett Chautemps deckt sich hinsichtlich seiner Zusammensetzung und politischen Orientierung fast mit jener der scheidenden Regierung Sarraut. Nicht weniger als 14 Minister der

Nächste Folge am Samstag

den 9. Dezember 1933 um 9 Uhr vormittags!

neuen Regierung gehörten schon dem Kabinett Sarraut an. Nur vier Mitglieder der Regierung Chautemps sind neu: Justizminister Ragnaldy, Budgetminister Marchandea, Arbeitsminister Lamoureux und Minister für Volksgeundheit Israel. Wie aus dem ständigen Wechsel der Regierungen hervorgeht, ist auch in Frankreich mit dem demokratisch-parlamentarischen System nicht das Auslangen zu finden. Bald wird auch dort der Ruf nach einer autoritären Führung lauter ertönen. Als ihr eifrigster Verfechter gilt der bekannte rechtsorientierte ehemalige Ministerpräsident Tardieu.

Spanien.

Der Führer der katholischen Volksaktion, Gil Robles, der allgemein als der kommende Mann gilt, hat erklärt, daß er die Republik anerkennen werde unter der Bedingung, daß die politischen Methoden während der Konstitutionsperiode eine Abänderung, vor allem im Hinblick auf eine moralische und soziale Befriedung, erfahren, um so die Durchführung der wichtigsten Arbeiten zu ermöglichen. Nach einer Statistik über das Ergebnis des ersten Wahlganges in Spanien haben die Rechtsparteien bisher 149 Sitze, die Mittelparteien 101 Sitze und die Linksparteien 57 Sitze erlangt.

Großbritannien.

Im Unterhaus äußerte sich der Führer der englischen Konservativen, Baldwin, über die außenpolitische Lage, daß sie außerordentlich schwierig sei. Die laufenden Besprechungen könnten dreierlei Ergebnisse haben: 1. Die Entwaffnung der Länder auf den Stand der gegenwärtigen Rüstung Deutschlands. 2. Die Beschränkung der Rüstungen durch ein Verbot aller schweren Angriffswaffen. In diesem Falle würden die hochgerüsteten Staaten bis zu einem gewissen Punkt abzurüsten, während Deutschland bis zu diesem Punkt aufrüsten würde. 3. Ein unbeschränktes Wettrüsten. Diese dritte Möglichkeit dürfe unter keinen Umständen zugelassen werden. Großbritannien sei nicht der Ansicht, daß irgend ein Land dauernd in einem Zustand der Unterlegenheit hinsichtlich der Bewaffnung gehalten werden könne. Man könne nicht erwarten, daß ein Land in einer solchen Lage verharren wolle. Deutschland habe, so fuhr Baldwin fort, große innere Probleme zu lösen. Es brauche daher den Frieden und man hoffe, daß es ihn auch wünsche. Großbritannien, Frankreich und Italien müßten alle in direkte Berührung mit Deutschland kommen und einen Weg ausfindig machen, der einen Fortschritt erhoffen lasse. Baldwin sprach die Hoffnung aus, daß die Abrüstungsfrage später einmal wieder eine Angelegenheit des Völkerbundes würde und in seinem Rahmen weitere Rüstungsverminderungen vorgenommen würden, so daß man sich auf diese Weise Schritt um Schritt dem Ideal der Abrüstung nähern könnte, das alle Menschen erstrebten, an dessen Verwirklichung in naher Zukunft aber nur wenige Enthusiasten glaubten. Baldwin schloß seine Ausführungen mit einem Hinweis auf die enge Interessengemeinschaft und Freundschaft zwischen Großbritannien und Frankreich.

Rumänien.

Die Zeichen dafür, daß der Wahlkampf sich sehr scharf gestalten werde, mehren sich täglich. Aus verschiedenen Teilen Rumäniens werden Zusammenstöße und Zwischenfälle oft ersten Charakters gemeldet. Der Wahlkampf scheint sich schon deshalb besonders ernst zu gestalten, weil auch die Oppositionsparteien ihren Mitgliedern die Weisung gegeben haben sollen, sich mit Gewalt zu widersetzen. Jedenfalls ist die Regierung Duca entschlossen, mit allen Mitteln die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Den Staatsbeamten ist es verboten, an der politischen Tätigkeit radikaler Gruppen teilzunehmen.

Kauft österreichische Waren!

